

EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel**



Aktuelle Entwicklungen auf der Europäischen Ebene

Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament

EUROKRISE: ERSTE SITZUNG DER TASK FORCE – RATSPRÄSIDENT VAN ROMPUY UND KOMMISSIONSPRÄSIDENT BARROSO SPRECHEN SICH GEGEN VERTRAGSÄNDERUNGEN AUS

Am 21.05.2010 kam die Task Force zur Stärkung der wirtschaftspolitischen Steuerung, die auf dem Sondergipfel am 07.05.2010 (siehe EB 09/10) ins Leben gerufen wurde, unter Vorsitz von Ratspräsident *Hermann Van Rompuy* zum ersten Mal zusammen. Dabei wurde beschlossen, dem Europäischen Rat am 17.06.2010 einen Fortschrittsbericht vorzulegen und die endgültigen Vorschläge bereits auf dem Europäischen Rat am 28./29.10.2010 zu präsentieren und nicht erst zum Jahresende. Im Anschluss sprachen sich sowohl Ratspräsident *Van Rompuy* wie auch Kommissionspräsident *Barroso* dafür aus, die notwendigen Maßnahmen ohne Änderung der bestehenden EU-Verträge vorzunehmen. Die Notwendigkeit von Vertragsänderungen war insbesondere von Bundeskanzlerin *Dr. Angela Merkel* und Bundesfinanzminister *Dr. Wolfgang Schäuble* in die Diskussion gebracht worden. Kommissionspräsident *Barroso* forderte zudem die Politiker in Deutschland auf, die deutsche Öffentlichkeit über die Vorteile des Euros für Deutschland besser zu informieren (s. auch den Bericht des StMF in diesem EB).

Statement von Ratspräsident *Van Rompuy*

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ec/114606.pdf

WESENTLICHE ERGEBNISSE DER PLENARSITZUNG VOM 17. BIS 20. MAI IN STRAßBURG – DEBATTEN ZUR EUROKRISE IM MITTELPUNKT

Im Mittelpunkt der Debatten stand das 750-Milliarden-Stabilisierungspaket für den EURO (s. EB 09/10) und die ordnungspolitischen Herausforderungen, insbesondere eine stärkere wirtschaftspolitische Zusammenarbeit in der EU, ohne dass Beschlüsse gefasst wurden. Die Abstimmung zur EU-2020-Strategie wurde verschoben. Zudem beschloss das EP eine Anpassung seines Haushaltes an die gestiegenen Anforderungen im Rahmen des Lissabonvertrages, den Sitzungskalender für 2011 und setzte einen Sonderausschuss für die Haushaltsreform nach 2013 ein.



Im gesetzgeberischen Bereich lehnte das EP knapp mit der notwendigen absoluten Mehrheit die Zulassung von Thrombin als „Fleischkleber“ in der Lebensmittelherstellung ab. In 2. Lesung wurde nach vorheriger Einigung mit dem Rat das Gesetzespaket zur Energieeffizienz von Gebäuden verabschiedet. Ebenfalls in 2. Lesung befürwortete das EP gleiche Mutterschutzrechte für selbständige arbeitende Frauen. In 1. Lesung stimmte das Plenum für gemeinsame Regeln für grenzüberschreitende Organspenden sowie eine europäisch einheitliche Etikettierung von „Made in“ für Textilien. Im Asylbereich beschloss die Abgeordneten in 2. Lesung die Einrichtung eines Europäischen Unterstützungsbüros in La Valetta/Malta und sprachen sich in 1. Lesung für die Zahlung von bis zu 6.000 € aus dem Europäischen Flüchtlingsfonds an die Mitgliedstaaten für die freiwillige Aufnahme von Flüchtlingen aus Drittstaaten aus. Aus bayerischer Sicht zu begrüßen sind die beiden Entschlüsse für eine einfache, transparente und faire EU-Agrarpolitik sowie gegen eine Regelung von Dienstleistungskonzessionen im öffentlichen Auftragswesen.

http://www.europarl.europa.eu/news/public/focus_page/008-74291-127-05-19-901-20100507FCS74267-07-05-2010-2010/default_de.htm

EUROPÄISCHE NACHBARSCHAFTSPOLITIK (ENP): KOMMISSION ZIEHT POSITIVE FÜNF-JAHRES-BILANZ

Anlässlich des am 12.05.2010 vorgelegten Jahresberichts bezeichnete die Vizepräsidentin der Kommission und Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik *Catherine Ashton* und Erweiterungskommissar *Stefan Füle* die ENP nach fünf Jahren als eine Erfolgsgeschichte mit vielen Beispielen für konkrete Ergebnisse vor Ort. Die ENP habe zu mehr Handel, mehr Unterstützung und mehr Kontakten geführt. Daher wurde der Haushaltsansatz um 32 % aufgestockt (s. EB 05/10). Bis 2013 steht eine jährliche Mittelausstattung von über 2 Mrd. € zur Verfügung.

Die Berichte finden sich unter:

http://ec.europa.eu/world/enp/documents_en.htm

Weitere Informationen über die ENP:

http://ec.europa.eu/world/enp/index_en.htm



Geschäftsbereich Staatsministerium des Innern

KOMMISSION SCHLÄGT VERHANDLUNGEN MIT DEN USA ÜBER RAHMENABKOMMEN ZUM DATENSCHUTZ VOR

Die Kommission hat ein Verhandlungsmandat für ein Abkommen EU-USA über den Schutz personenbezogener Daten, die im Rahmen der polizeilichen und strafrechtlichen Zusammenarbeit ausgetauscht werden, vorgeschlagen. Das Abkommen soll Vereinbarungen zur Übermittlung spezifischer Daten („PNR“, „SWIFT“) nicht ersetzen, sondern allgemeine, verbindliche Standards für den Schutz personenbezogener Daten festlegen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/609&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

PLENARTAGUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS 17.-20.05.2010

Richtlinie zur Gebäudeenergieeffizienz endgültig verabschiedet

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0159+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

„Rühle“-Bericht angenommen – Positionen der Kommunen zum Vergaberecht gestärkt

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0173+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

http://ec.europa.eu/yourvoice/consultations/index_de.htm

Rechtsakt zur Einrichtung des Europäischen Asylunterstützungsbüro auf Malta förmlich angenommen

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0158+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0177+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Finanzielle Anreize sollen mehr Mitgliedstaaten zur Neuansiedlung von Flüchtlingen bewegen

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0163+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0163+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>



[TA-2010-0160+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE](#)

Druck auf Kommission bei SIS II erhöht

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7->

[TA-2010-0161+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE](#)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7->

[TA-2010-0162+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE](#)

Unterstützung für Beitritt der EU zur EMRK

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7->

[TA-2010-0184+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE](#)

QUALIFIZIERTE MEHRHEIT IM RAT ZUR BAUPRODUKTENVERORDNUNG

Der Rat hat sich über den Kommissionsvorschlag für eine Bauproduktenverordnung verständigt. Das EP hatte in erster Lesung über 100 Änderungen am Kommissionsvorschlag verlangt. Daher sind noch erhebliche Anstrengungen notwendig, um zu einer gemeinsamen Haltung von Rat und EP zu kommen.

Geschäftsbereich Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

WETTBEWERBSFÄHIGKEITSRAT AM 25./26.05.2010 IN BRÜSSEL

Der Wettbewerbsfähigkeitsrat behandelte auf seiner Sitzung am 25./26.05.2010 in Brüssel folgende rechts- und verbraucherpolitische Themen:

Verbraucherrechterichtlinie

Überarbeitung des europäischen Markensystems

EXPERTENGRUPPE FÜR „EUROPÄISCHES VERTRAGSRECHT“ EINGESETZT

Die Kommission hat eine Sachverständigengruppe aus 18 Hochschullehrern, Rechtsanwälten, einem Notar und Verbrauchervertretern einberufen, die Möglichkeiten zur Verbesserung des Vertragsrechts in der Europäischen Union vorschlagen soll. Ziel sollen leicht verständliche Regeln sein, aus welchen sich ein optionales Europäisches Vertragsrecht entwickeln lässt.

http://ec.europa.eu/justice_home/news/intro/news_intro_en.htm

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/10/239&fo>



[rmat=HTML&aged=0&language=FR&guiLanguage=en](#)

KOMMISSION STELLT AKTIONSPLAN ZUR DIGITALEN AGENDA VOR

Am 19.05.2010 veröffentlichte die Kommission ihre Mitteilung zur Digitalen Agenda, die Richtlinien zum Urheberrecht, zur kollektiven Rechteverwertung und zur Handhabung sog. verwaister Werke ankündigt.

KLASSIFIKATIONSSYSTEM FÜR VERBRAUCHERBESCHWERDEN

Die Kommission schlägt in einer am 12.05.2010 veröffentlichten Empfehlung (SEK(2010)572) eine freiwillige Harmonisierung der Methodik zur Klassifizierung und Meldung von Verbraucherbeschwerden und Verbrauchieranfragen vor.

http://ec.europa.eu/consumers/docs/IP-10-567_en.pdf

http://ec.europa.eu/consumers/strategy/docs/consumer-complaint-recommendation_de.pdf#

VERBRAUCHERSCHUTZ: ENERGIEEFFIZIENZRICHTLINIE VERABSCHIEDET

Das Europäische Parlament hat am 19.05.2010 ein Gesetzespaket zur Energieeffizienz verabschiedet.

Geschäftsbereich Staatsministerium der Finanzen

WESENTLICHE ERGEBNISSE DER SITZUNG DES ECOFIN-RATES VOM 18.05.2010

Der ECOFIN-Rat hat sich auf seiner Sitzung am 18.05.2010 mit einer ganzen Reihe von Themen befasst. Der ECOFIN-Rat hat sich auf ein Mandat für die Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament über den Richtlinienentwurf über die Manager alternativer Investmentfonds (sog. „AIFM“) geeinigt. Die AIFM-Richtlinie umfasst z. B. Hedgefonds, Private-Equity-Fonds, Immobilienfonds, Rohstofffonds und Infrastrukturfonds. Damit soll ein umfassender regulatorischer Rahmen für AIFM auf europäischer Ebene geschaffen, eine effektive Aufsicht sichergestellt und die Transparenz erhöht werden. Die Verhandlungen zwischen Rat und Parlament sollen bis zu der für Juli geplanten ersten Lesung im Parlamentsplenum abgeschlossen werden. Zuvor hatte der Ausschuss für Wirtschaft und Währung des EP am 17.05.2010 seine Position zur



AIFM-Richtlinie festgelegt. Daneben wurden Schlussfolgerungen zu den nationalen Rahmen der Fiskalpolitik, zu Krisenverhütung, Krisenmanagement und Krisenbewältigung sowie zu den Exit-Strategien im Finanzsektor getroffen.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/114524.pdf

MITTEILUNG DER EU-KOMMISSION ZU BANKENRETTUNGSFONDS

Die EU-Kommission hat am 26.05.2010 eine Mitteilung zur Einrichtung von Bankenrettungsfonds vorgelegt. Aufgrund der globalen Vernetzung der Finanzmärkte hält die Kommission gemeinsame Ansätze für die Schaffung von Bankenrettungsfonds auf europäischer und internationaler Ebene für erforderlich. Denn einseitig erhobene nationale Rettungsabgaben könnten den Wettbewerb zwischen den einzelstaatlichen Bankenmärkten verzerren und u. U. zu Mehrfachabgaben führen. In einem ersten Schritt soll ein harmonisiertes Netz nationaler Fonds geschaffen werden. Langfristig sollten die Ressourcen aus Sicht der Kommission aber in einem einzigen europaweiten Rettungsfonds zusammengelegt werden. Die Rettungsfonds sollen sich auf ex ante von den Banken zu entrichtende Abgaben stützen.

Die Kommission wird ihre Überlegungen im Juni 2010 den EU-Finanzministern, den EU-Staats- und Regierungschefs und den G-20 präsentieren. Im Oktober 2010 wird die Kommission detailliertere Vorschläge zu ihren Plänen für den Aufbau eines neuen Rahmens für das Krisenmanagement unterbreiten. Für Anfang 2011 sind Legislativvorschläge sowohl zum Krisenmanagement als auch zum Rettungsfonds geplant.

http://ec.europa.eu/internal_market/bank/crisis_management/index_de.htm

ERSTE SITZUNG DER TASK FORCE UNTER LEITUNG DES PRÄSIDENTEN DES EUROPÄISCHEN RATES, VAN ROMPUY

Der Europäische Rat hat am 25./26.03.2010 eine Task Force zur Verbesserung der Möglichkeiten zur Krisenbewältigung und Stärkung der Haushaltsdisziplin in der EU eingesetzt. Mitglieder der Task Force sind neben dem Vorsitzenden *Van Rompuy* Vertreter aller 27 Mitgliedstaaten (überwiegend Finanzminister), EU-Kommissar *Rehn*, der Präsident der EZB, *Trichet*, sowie der Präsident der Eurogruppe *Juncker*. Die Task Force hatte am 21.05.2010 ihre erste Sitzung, bei der eine erste Orientierungsdebatte geführt und folgende vier Hauptziele der Arbeiten der Task Force festgelegt wurden: Stärkung der



Effizienz des Stabilitäts- und Wachstumspaktes; Reduzierung der Wettbewerbsunterschiede zwischen den Mitgliedstaaten; Effektiver Krisenbewältigungsmechanismus; Stärkung der wirtschaftspolitischen Steuerung. Die Task Force will ihre Ergebnisse und Vorschläge dem Europäischen Rat rechtzeitig für den Herbstgipfel im Oktober 2010 präsentieren.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ec/114606.pdf

EINRICHTUNG EINES SONDERAUSSCHUSSES ZUR VORBEREITUNG DES NÄCHSTEN MEHRJÄHRIGEN FINANZRAHMENS

Die Konferenz der Präsidenten im EP hat am 20.05.2010 die Einrichtung eines Sonderausschuss zur Vorbereitung des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens vorgeschlagen. Einen entsprechenden Ausschuss gab es bereits in den Jahren 2004/2005 zur Vorbereitung des aktuellen mehrjährigen Finanzrahmens. Der Sonderausschuss wird voraussichtlich noch im Juni vom Parlamentsplenum formal beschlossen werden, 50 Mitglieder haben und seine Arbeit im Juli aufnehmen. Der Sonderausschuss soll - als Grundlage für das EP für die Verhandlungen über den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen - einen Bericht erstellen. Der Bericht soll fertig gestellt sein, bevor die EU-Kommission ihre Vorschläge für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen vorlegt (vor Juli 2011).

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/034-74872-140-05-21-905-20100520IPR74871-20-05-2010-2010-false/default_de.htm

LANGFRISTIG TRAGFÄHIGE ÖFFENTLICHE FINANZEN FÜR EINE SICH ERHOLENDE VOLKSWIRTSCHAFT

Das Europäische Parlament hat am 20.05.2010 eine Entschließung über die langfristige Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen angenommen. Das Parlament kritisiert, dass einige Mitgliedstaaten vor Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise trotz günstiger wirtschaftlicher Bedingungen ihre Haushalte nicht konsolidiert hätten. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt müsse im Laufe der Zeit ausgeglichene Haushalte oder Überschüsse zum Ziel haben. Die präventive Komponente des Stabilitäts- und Wachstumspakts müsse besser umgesetzt werden. Erforderlich sei zudem ein effizientes und unabhängiges Statistikwesen. Aufgrund der direkten Verbindung zwischen der Stabilität der Finanzmärkte und der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen seien verstärkte



und integrierte aufsichtsrechtliche Bestimmungen für die Finanzmärkte notwendig.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0190+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

TAGUNG DES RATES FÜR WETTBEWERBSFÄHIGKEIT AM 25.05.2010

Bei ihrer Tagung am 25.05.2010 erzielten die Minister eine politische Einigung in Bezug auf die Bauprodukte-Verordnung. Sie verabschiedeten Schlussfolgerungen zu sauberen und energieeffizienten Fahrzeugen sowie zur künftigen Überarbeitung des Warenzeichensystems in der EU.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/intm/114631.pdf

TAGUNG DER FINANZMINISTER AM 18.05.2010

Bei ihrer Tagung am 18.05.2010 haben sich die Finanzminister auf ein Verhandlungsmandat des Rates mit dem Europäischen Parlament für die Richtlinie über die Regulierung von alternativen Investmentfonds (z. B. Hedgefonds und Private-Equity-Gesellschaften) geeinigt. Zuvor hatte der Ausschuss für Wirtschafts- und Währungsangelegenheiten des EP am 17.05.2010 den Bericht des Berichterstatters *Jean-Paul Gauzès* (EVP/ED, F) mit großer Mehrheit verabschiedet. Die Verhandlungen sollen umgehend beginnen und bis Juli 2010 abgeschlossen werden. So soll eine Verabschiedung in erster Lesung im EP ermöglicht werden.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/114493.pdf

KOMMISSION ERLÄSST NEUE WETTBEWERBSVORSCHRIFTEN FÜR VERTRIEB UND REPARATUR VON KRAFTFAHRZEUGEN

Die Kommission hat am 27.05.2010 überarbeitete Wettbewerbsvorschriften für Vereinbarungen zwischen Kfz-Herstellern und deren Händlern, Werkstätten und Ersatzteilanbietern verabschiedet. Da der Wettbewerb bei Reparatur und Wartung weniger ausgeprägt ist als beim Autovertrieb, wird dafür die zum 31.05.2010 auslaufende Gruppenfreistellungsverordnung (GVO) mit einigen



Änderungen bis zum 31.05.2023 verlängert. Für den Autohandel sollen hingegen ab 01.06.2013 die bisherigen Sonderregeln abgeschafft und durch die auch in anderen Sektoren geltenden Vertriebsvereinbarungen ersetzt werden.

http://ec.europa.eu/competition/sectors/motor_vehicles/legislation/legislation.html

EUROPÄISCHES PARLAMENT VERABSCHIEDET RICHTLINIE ZUR GEBÄUDEENERGIEEFFIZIENZ

Das EP hat am 18.05.2010 die neue Richtlinie zur Energieeffizienz von Gebäuden verabschiedet. Neubauten, die ab Ende 2020 errichtet werden, müssen den hohen Energiesparvorgaben der Richtlinie entsprechen. Für öffentliche Gebäude gilt dies bereits zwei Jahre früher. Da sich Parlament und Rat im November 2009 auf diesen Text geeinigt hatten, muss der Ministerrat lediglich formal zustimmen (s. hierzu EB 20/2009 und EB 08/2010 sowie Bericht im Bereich des StMI).

EUROPÄISCHES PARLAMENT VERABSCHIEDET ENERGIEKENNZEICHNUNGSRICHTLINIE

Das EP hat am 19.05.2010 die neugefasste Energiekennzeichnungsrichtlinie verabschiedet. Im Rahmen der Neufassung wird der Geltungsbereich der Richtlinie ausgedehnt, sodass künftig auch im gewerblichen und industriellen Bereich genutzte sowie energierelevante Produkte (analog zur neugefassten Ökodesign-RL) erfasst werden. Mit der Annahme durch das Parlament ist die Richtlinie offiziell verabschiedet und wird voraussichtlich im Juni 2010 im Amtsblatt der EU veröffentlicht werden. Eine politische Einigung zwischen den Mitgliedstaaten und dem EP war bereits am 18.11.2009 erzielt worden. Die Richtlinie muss innerhalb eines Jahres in nationales Recht umgesetzt werden.

KOMMISSION STELLT PLÄNE FÜR BANKENRETTUNGSFONDS VOR

Die Kommission hat am 26.05.2010 eine Mitteilung vorgelegt, nach der die Europäische Union ein Netz von Bankenrettungsfonds einrichten soll, um bei Bankausfällen künftig eine Belastung der Steuerzahler und eine Destabilisierung des Finanzsystems zu verhindern. Nach Gesprächen beim anstehenden Treffen des Europäischen Rates wird die Kommission ihre Vorstellungen auf dem G-20-Gipfel am 26. und 27.06.2010 in Toronto/Kanada näher erläutern. Zu Einzelheiten s. Bericht im Bereich des StMF.



http://ec.europa.eu/internal_market/bank/docs/crisis-management/funds/com2010_254_de.pdf

KOMMISSION VERÖFFENTLICHT NEUE AUSSCHREIBUNGEN FÜR TEN-V-PROJEKTE

Die Kommission hat am 19.05.2010 drei neue Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen für Projekte im Bereich der transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN-V) veröffentlicht, die mit insgesamt 172 Mio. € dotiert sind. Die Frist für die Einreichung der Vorschläge ist der 31.08.2010.

http://tentea.ec.europa.eu/en/news_events/newsroom/2010_tent_calls_launched.htm

EUROPÄISCHES PARLAMENT FORDERT EU-WEITES KENNZEICHNUNGSSYSTEM „MADE IN“ FÜR TEXTILIEN

In einer Stellungnahme in erster Lesung zu einer entsprechenden Verordnung der Kommission haben die Abgeordneten am 18.05.2010 gefordert, dass die „Made-in“-Kennzeichnung für Kleidungsstücke, die innerhalb der EU verkauft werden, künftig verbindlich gelten solle. Zudem müsse bald ein harmonisiertes und bindendes System bezüglich der verbindlichen Angaben eingeführt werden. Nach der ersten Lesung muss nun der Ministerrat über den Verordnungsentwurf entscheiden.

EUROPÄISCHES PARLAMENT LEHNT EINE GESETZGEBUNG ZU DIENSTLEISTUNGSKONZESSIONEN AB

Das EP hat am 18.05.2010 eine Entschließung über „Neue Entwicklungen im öffentlichen Auftragswesen“ angenommen. Es übernahm die am 28.04.2010 vom Binnenmarktausschuss ohne Gegenstimme angenommene Fassung des Berichts von MdEP *Heide Rühle* (GRÜNE/Baden-Württemberg) und greift verschiedene von den deutschen Ländern und Kommunen wiederholt geäußerte Forderungen auf. Zu Einzelheiten s. Bericht im Bereich des StMI.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0173+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>
http://ec.europa.eu/yourvoice/consultations/index_de.htm



EASA UND EUROCONTROL VERÖFFENTLICHEN LEITLINIEN FÜR FLÜGE BEI AUFTRETEN VON VULKANASCHEN

Die European Aviation Safety Agency (EASA) und Eurocontrol (European Organisation for the Safety of Air Navigation) haben am 21.05.2010 neue Leitlinien für Flüge bei Auftreten von Vulkanasche veröffentlicht. Die neuen Regeln sollen eine größere Flexibilität in der Entscheidungsfindung für die Mitgliedstaaten für die entsprechenden Lufträume bringen. Die Regeln enthalten auch Verfahren, die angewendet werden sollen, wenn Flugzeuge in einen mit Asche kontaminierten Luftraum einfliegen. Kommission und Eurocontrol haben auch die European Aviation Crisis Co-ordination Cell eingerichtet, die im Fall größerer Störungen des Luftverkehrs in Europa aktiviert werden soll.

<http://ad.easa.europa.eu/ad/2010-17R2>

KOMMISSION ANALYSIERT MÖGLICHE ERHÖHUNG DES CO₂-REDUKTIONSZIELS AUF 30 %

Am 26.05.2010 hat die Kommission eine Untersuchung der Kosten, Nutzen und Optionen einer weiteren Senkung der Treibhausgasemissionen in der EU von 30 % - statt bisher 20 % - bis 2020 im Vergleich zu den Werten von 1990 veröffentlicht. Hierin gelangt sie zu der Schlussfolgerung, dass die Voraussetzungen für eine Erhöhung des EU-Reduktionsziels von 20 % auf 30 % noch nicht vorliegen und eine entsprechende politische Entscheidung unter Berücksichtigung der internationalen Klimaschutzverhandlungen sowie der wirtschaftlichen Auswirkungen zu gegebener Zeit von den Mitgliedstaaten zu treffen sei. Die Mitteilung solle jedoch bereits jetzt, für die Zeit nach der Wirtschaftskrise, eine sachliche Diskussion anstoßen. Die Umweltminister werden sich auf ihrer Sitzung im Juni 2010 mit der Mitteilung befassen. Zu Einzelheiten s. Bericht im Bereich des StMUG.

http://ec.europa.eu/environment/climat/future_action_com.htm

Geschäftsbereich Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

ERGEBNISSE DES AGRARRATES AM 17.05.2010 IN BRÜSSEL

Die Agrarminister führten im Rahmen des Agrarrates am 17.05.2010 in Brüssel Aussprachen zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Lebensmittel-Modells, zur Gleichstellung der Frauen in ländlichen Gebieten, zur Vorbereitung der Wälder auf den Klimawandel und zu den Verhandlungen der



EU mit den Mercosur-Staaten für ein Freihandelsabkommen. Die Mitgliedstaaten begrüßten eine Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Lebensmittelproduktion. Außerdem bestand überwiegende Übereinstimmung, dass das europäische Lebensmittel-Modell den Anforderungen und Erwartungen der europäischen Bürger entspricht, es müsste allerdings international mehr anerkannt und noch bekannter gemacht werden.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/114487.pdf

VEREINFACHUNG DER GEMEINSAMEN AGRARPOLITIK

Am 18.05.2010 hat das EP einen Bericht zur Vereinfachung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) angenommen. In dem Bericht werden Vereinfachungen zur GAP insgesamt, für die Cross-Compliance-Regelung (CC), die Direktzahlungen und den Bereich der Entwicklung des ländlichen Raums vorgeschlagen. Das EP fordert insbesondere im Bereich von CC weitergehende Vereinfachung und eine höhere Transparenz und die Beachtung des Prinzips der Verhältnismäßigkeit bei den Sanktionen sowie eine Stärkung der Beratung.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0172+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

AUSSCHREIBUNGEN FÜR DEN VERKAUF VON MAGERMILCHPULVER UND BUTTER AUS INTERVENTIONSBESTÄNDEN GESTARTET

Der Verwaltungsausschuss für Milch und Milcherzeugnisse stimmte am 20.05.2010 über zwei Kommissionsverordnungen ab, nach denen es möglich ist, im Rahmen eines Ausschreibungsverfahrens Magermilchpulver und Butter aus den Interventionsbeständen im EU Markt zu verkaufen. Die Öffnung der Interventionsbestände ist eine Reaktion auf die günstige Marktsituation durch gestiegene Preise und saisonal bedingte geringere Produktion der südlichen Erdhalbkugel. Außerdem warnen Experten vor einer konjunkturellen Überhitzung wie in 2007. Stichtag für die Einreichung von Vorschlägen für die erste Ausschreibung ist der 01.06.2010.

GEMEINSAME AGRARPOLITIK: AUSSCHREIBUNG FÜR EVALUIERUNG VON ABSATZ- UND INFORMATIONSMASSNAHMEN FÜR LANDWIRTSCHAFTLICHE PRODUKTE

Die Europäische Kommission hat eine Ausschreibung für eine rückblickende



Evaluierung von Absatz- und Informationsmaßnahmen für landwirtschaftliche Produkte gestartet. Das Ziel der Bewertung ist zweiteilig: Zum ersten, soll eine umfassende Synthese der Evaluierungsberichte zu Absatzförderprogrammen im Binnenmarkt und in Drittländern herausgestellt werden, zum zweiten sollen die Relevanz und Effektivität der EU Informations- und Absatzförderungs politik sowie ihre Kohärenz mit anderen Fördermaßnahmen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) untersucht werden. Vorschläge können bis zum 12.07.2010 eingereicht werden.

http://ec.europa.eu/dgs/agriculture/tenderdocs/2010/148583/index_en.htm

KOMMISSION ANALYSIERT MÖGLICHE ERHÖHUNG DES CO₂-REDUKTIONSZIELS AUF 30 %

Am 26.05.2010 hat die Kommission eine Untersuchung der Kosten, Nutzen und Optionen einer weiteren Senkung der Treibhausgasemissionen in der EU von 30 % - statt bisher 20 % - bis 2020 im Vergleich zu den Werten von 1990 veröffentlicht. Hierin gelangt sie zu der Schlussfolgerung, dass die Voraussetzungen für eine Erhöhung des EU-Reduktionsziels von 20 % auf 30 % noch nicht vorliegen und eine entsprechende politische Entscheidung unter Berücksichtigung der internationalen Klimaschutzverhandlungen sowie der wirtschaftlichen Auswirkungen zu gegebener Zeit von den Mitgliedstaaten zu treffen sei. Die Mitteilung solle jedoch bereits jetzt, für die Zeit nach der Wirtschaftskrise, eine sachliche Diskussion anstoßen. Die Umweltminister werden sich auf ihrer Sitzung im Juni mit der Mitteilung befassen (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB).

http://ec.europa.eu/environment/climat/future_action_com.htm

MITTEILUNG ZUR BEWIRTSCHAFTUNG VON BIOABFÄLLEN

Die Kommission hat am 18.05.2010 eine Mitteilung (KOM(2010)235 final) über künftige Schritte bei der Bewirtschaftung von Bioabfällen in der Europäischen Union veröffentlicht. Hauptziel der Mitteilung soll es sein, im Rahmen der Abfallrahmen-RL (ARRL) für eine bessere Bewirtschaftung und bessere Nutzung von Bioabfällen in der EU zu sorgen, wobei vor allem die Aspekte des Boden- und Klimaschutzes betont werden. Insgesamt fallen EU-weit jährlich ca. 118 – 130 Mio. t Bioabfälle an. Etwa 88 Mio. t davon sind kommunale Abfälle, d.h. biologisch abbaubare Garten-, Küchen- und Lebensmittelabfälle, die bedeutende Auswirkungen auf die Umwelt haben und gleichzeitig aber auch als er-



neuerbare Energiequelle oder für Recyclingmaterialien genutzt werden können. Durch die Mitteilung sollen gezielt Maßnahmen gefördert werden, um das Potenzial von Bioabfällen als erneuerbare Energiequelle oder für Recyclingmaterialien besser zu erschließen (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB).

http://ec.europa.eu/environment/waste/compost/pdf/com_biowaste.pdf

<http://ec.europa.eu/environment/waste/compost/index.htm>

CITRUSBOCKKÄFER - EU BESCHRÄNKT PFLANZENIMPORTE AUS CHINA

Am 10.05.2010 hat der Ständige Ausschuss für Pflanzengesundheit der Kommission (Standing Committee on Plant Health, SCPH) eine Verschärfung der Importbeschränkungen bestimmter Pflanzen aus China, die vom Citrusbockkäfer befallen sein könnten, beschlossen. Der in Europa nicht heimische Citrusbockkäfer (*Anoplophora chinensis*) schädigt und bedroht potenziell eine Reihe europäischer Laubbäume (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB).

http://ec.europa.eu/food/plant/organisms/index_en.htm

ZULASSUNG DES „FLEISCHKLEBERS“ THROMBIN ABGELEHNT

Am 19.05.2010 hat sich das EP in einer Entschließung gegen die von der Kommission vorgeschlagene Zulassung von Rinder- und Schweinethrombin als Lebensmittelzusatzstoff mit 370 zu 262 Stimmen bei 32 Enthaltungen ausgesprochen. Auch die CSU-Europagruppe hatte sich entgegen der Linie der Konservativen und der deutschen Liberalen zum Schutz der Verbraucher für eine Ablehnung ausgesprochen und dadurch die notwendige absolute Mehrheit von 369 Stimmen knapp ermöglicht. Damit hat das EP sein Recht auf Veto im hier einschlägigen „Regelungsverfahren mit Kontrolle“ ausgeübt; die Kommission kann nun einen geänderten Entwurf unterbreiten oder einen Vorschlag für einen Rechtsakt vorlegen. Bis dahin obliegt es weiterhin den nationalen Behörden zu entscheiden, ob Thrombin als Verarbeitungshilfsstoff in Lebensmitteln verwendet werden kann (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB).

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P7-TA-2010-0182&language=DE&ring=B7-2010-0264>



Geschäftsbereich Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

GLEICHBEHANDLUNG VON SELBSTÄNDIGEN FRAUEN: ABSTIMMUNG IM PLENUM DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

Das Europäische Parlament (EP) hat am 18.05.2010 in Straßburg den Vorschlag der luxemburgischen Berichterstatterin *Astrid Lulling* (EVP-Fraktion) bzgl. der Revision einer Rechtsvorschrift zur Gleichbehandlung von Männern und Frauen, die eine selbständige Erwerbstätigkeit ausüben, angenommen („Selbständigen-Richtlinie“). Die vom federführenden Frauenausschuss vorgeschlagenen Änderungsanträge am Gemeinsamen Standpunkt des Rates wurden mit 532:30:36 Stimmen angenommen. Nach Auffassung des Europäischen Parlaments sollen die Mitgliedstaaten selbständig Erwerbstätigen sowie den Ehe- bzw. Lebenspartnern von selbständig Erwerbstätigen angemessenen sozialen Schutz, einschließlich Mutterschaftsleistungen, gewährleisten. Ob die Mitgliedschaft in sozialen Versicherungssystemen wie Mutterschutz, Krankheit, Invalidität und Alter auf verpflichtender oder freiwilliger Basis erfolgt, soll jedoch in die Entscheidung der Mitgliedstaaten fallen.

http://www.europarl.europa.eu/news/public/focus_page/008-74291-127-05-19-901-20100507FCS74267-07-05-2010-2010/default_p001c008_de.htm

EU-KOMMISSION: VEREINFACHUNG DER VORSCHRIFTEN DER CHEMIKALIEN-VERORDNUNG FÜR KLEINERE UND MITTLERE UNTERNEHMEN ANGESTREBT

Die EU-Kommission will die Vorschriften zur Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung (CPL) sowie die Chemikalienverordnung REACH vereinfachen. Zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit kleinerer und mittlerer Chemieunternehmen hat die Kommission am 21. Mai 2010 eine Gebührensenkung beschlossen. Die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) kann Gebühren erheben, wenn Unternehmen einen Alternativnamen oder eine harmonisierte Kennzeichnung eines Stoffes beantragen. Künftig sollen Kleinstunternehmen um 90, kleinere um 60 und mittlere Unternehmen um 30 Prozent weniger bezahlen müssen, teilte die Kommission mit. Zudem sollen die Antragsunterlagen in allen Amtssprachen der EU verfügbar sein und kleinere und mittlere Unternehmen auch bei der Einhaltung der Vorschriften der Chemikalienverordnung REACH unterstützt werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/594&format=H>



[TML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en](#)

RESTRUKTURIERUNGEN: KOMMISSION STELLT STUDIE ZUR ORGANISATION VON BERUFLICHEN ÜBERGÄNGEN VOR

Mit der Studie „Organisation von Übergängen“ will die Europäische Kommission erstmals einen umfassenden Überblick über Programme und Instrumente in den 27 EU-Mitgliedstaaten vorlegen, mit denen die berufliche Neuorientierung und Übergänge in neue Stellen bei Arbeitnehmern gefördert werden, die von betrieblichen Umstrukturierungen betroffen sind. Dies teilte die EU-Kommission am 17.05.2010 mit und wies in diesem Zusammenhang auch auf ein Internetportal „Anticipedia“ zum gegenseitigen Erfahrungs- und Informationsaustausch hin. Zu den wichtigsten Ergebnissen der Studie zähle, dass bei Entwicklung, Organisation und Finanzierung von Beschäftigungstransfer und beruflicher Veränderung als Reaktion auf Restrukturierung kein gemeinsamer Ansatz bestehe. Vielmehr verdeutlichten die Instrumente jeweils besondere nationale Rahmenbedingungen der Arbeitsmarktpolitik und der industriellen Beziehungen, insbesondere mit Blick auf den Stellenwert der sozialen Partnerschaft und des sozialen Dialogs.

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=en&catId=89&newsId=796&furtherNews=yes>

POLITIK FÜR MENSCHEN MIT BEHINDERUNG: INFORMELLES MINISTERTREFFEN ALS BEITRAG FÜR EUROPÄISCHE STRATEGIE 2010-2020

Im Mittelpunkt des informellen Treffens der für die Belange von Menschen mit Behinderung zuständigen Minister im spanischen Zaragoza am 19.05.2010 stand die Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Die Europäische Kommission rief im Vorfeld der jährlich durchgeführten Veranstaltung die Mitgliedstaaten zu einer raschen Ratifizierung auf und kündigte einen Beitrag zur Umsetzung durch Maßnahmen an, die in der Strategie für Menschen mit Behinderungen 2010-2020 dargelegt werden sollen. Entsprechende Vorschläge wolle die Kommission im Herbst 2010 vorlegen. Zudem wies die Kommission auf die aktive Eingliederung von Menschen mit Behinderung als Teil der Europa 2020-Strategie hin, um das EU-weite Beschäftigungsziel von 75 Prozent zu erreichen. *Viviane Reding*, EU-Kommissarin für Justiz, Grundrechte und Bürgerschaft, betonte, dass die EU eine Führungsrolle übernehmen müsse, um sicherzustellen, dass Menschen



mit Behinderung vollständig in die Wirtschaft integriert werden und gleiche Rechte genießen.

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=en&catId=89&newsId=799&furtherNews=yes>

BEKÄMPFUNG DES ORGANMANGELS IN DER EU

Das EP hat am 19.05.2010 eine Richtlinie über Qualitäts- und Sicherheitsstandards zur Transplantation bestimmter menschlicher Organe sowie einen Initiativbericht zu dem von der Kommission vorgeschlagenen Aktionsplan im Bereich Organspende und -transplantation (2009-2015): Verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten mit großer Mehrheit angenommen. Die in der Richtlinie festgelegten einheitlichen Qualitäts- und Sicherheitsstandards sollen Transplantationen sicherer machen sowie den grenzüberschreitenden Austausch von Organen erleichtern und damit Wartezeiten auf Spenderorgane verkürzen und zu größeren Überlebenschancen von Patienten führen. Da das Parlament und der Rat sich bereits abgestimmt haben, müssen die Gesundheitsminister auf ihrer Sitzung im Juni den neuen Regelungen nur noch formell zustimmen. Die Mitgliedstaaten haben zwei Jahre Zeit, die Richtlinie in nationales Recht umzusetzen (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB).

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P7-TA-2010-0181&language=DE&ring=A7-2010-0106>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P7-TA-2010-0183&language=DE&ring=A7-2010-0103>

EP NIMMT ENTSCHEIDUNG ZU SCHLÜSSELKOMPETENZEN AN

Das Europäische Parlament hat am 18.05.2010 eine Entschließung zu den Schlüsselkompetenzen für eine Welt im Wandel: Umsetzung des Arbeitsprogramms „Allgemeine und berufliche Bildung 2010“ angenommen. In der Erwägung, dass Investitionen in Bildung sowie die Verbesserung von Qualifikationen von entscheidender Bedeutung für die Bewältigung der langfristigen Herausforderungen der globalen wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit sind, beinhaltet die Entschließung Empfehlungen für alle Ebenen der mitgliedstaatlichen Bildungssysteme. „Die Verantwortung der allgemeinen und beruflichen Bildung liegt bei den Mitgliedstaaten – dennoch treffen Herausforderungen wie der demografische Wandel oder Kompetenzdefizite in der Erwerbsbevölkerung alle EU-Länder gleichermaßen“, erklärte die Vorsitzende des EP-Ausschusses für



Kultur und Bildung, *Doris Pack* (D/EVP) (s. hierzu Beitrag des StMUK in diesem EB).

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0164+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Unterricht und Kultus

EP NIMMT ENTSCHEIDUNG ZU SCHLÜSSELKOMPETENZEN AN

Das Europäische Parlament hat am 18.05.2010 eine Entschließung zu den Schlüsselkompetenzen für eine Welt im Wandel: Umsetzung des Arbeitsprogramms „Allgemeine und berufliche Bildung 2010“ angenommen. In der Erwägung, dass Investitionen in Bildung sowie die Verbesserung von Qualifikationen von entscheidender Bedeutung für die Bewältigung der langfristigen Herausforderungen der globalen wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit sind, beinhaltet die Entschließung Empfehlungen für alle Ebenen der mitgliedstaatlichen Bildungssysteme. „Die Verantwortung der allgemeinen und beruflichen Bildung liegt bei den Mitgliedstaaten – dennoch treffen Herausforderungen wie der demografische Wandel oder Kompetenzdefizite in der Erwerbsbevölkerung alle EU-Länder gleichermaßen“, erklärte die Vorsitzende des EP-Ausschusses für Kultur und Bildung, *Doris Pack* (D/EVP).

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0164+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

EP NIMMT ZUR EU-STRATEGIE FÜR DIE JUGEND STELLUNG

Das Europäische Parlament hat am 18.05.2010 außerdem eine Entschließung zu „Eine EU-Strategie für die Jugend – Investitionen und Empowerment“ angenommen und darin die entsprechende Mitteilung der Kommission sowie die Entschließung des Rates über einen erneuerten Rahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa (2010-2018) begrüßt. Das EP drängt zugleich auf eine engere Zusammenarbeit im Bereich der Jugendpolitik zwischen dem EP, der Kommission und dem Rat.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0166+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

KOMMISSION VERÖFFENTLICHT NEUE PUBLIKATION ZU E-TWINNING

Anlässlich des fünfjährigen Bestehens von eTwinning – einer Aktion zur Schaf-



fung von europaweiten Online-Gemeinschaften von Lehrkräften und Schulen – hat die Kommission eine Publikation mit dem Titel „eTwinning 2.0: Das Netzwerk für Schulen in Europa“ veröffentlicht, die vielfältige Informationen, Leitfäden sowie Erfahrungsberichte von Lehrkräften bietet.

http://resources.eun.org/etwinning/25/DE_eTwinning_brochure.pdf

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

FORSCHUNG: RAT FÜR WETTBEWERBSFÄHIGKEIT AM 26.05.2010

Auf der Sitzung des Wettbewerbsrats am 26.05.2010 zur Forschung wurden die Leitinitiativen zur Europa 2020-Strategie bis hin zu einer Innovations-Union diskutiert und Ratsschlussfolgerungen zum Europäischen Forschungsraum – insbesondere seiner Steuerung und seiner sozialen Dimension – getroffen. Ferner standen auf der Tagesordnung die Möglichkeiten zur Vereinfachung der EU-Forschungs- und Innovationsförderung sowie die Finanzierungsfragen des Forschungsreaktors ITER. Die zukünftige belgische Ratspräsidentschaft kündigte an, u.a. die Forschungsleistungen der Regionen und die Frage der Konvergenz von regionaler und mitgliedstaatlicher Ebene in den Mittelpunkt zu stellen.

A TASTE OF TRENDS IN EUROPEAN HIGHER EDUCATION

Über 60 Vertreter von europäischen, chinesischen und australischen Wissenschafts(förder)organisationen folgten am Morgen des 19.05.2010 der Einladung der European University Association (EUA) in die Bayerische Vertretung zur Präsentation und Diskussion von „Report 2010 – A decade of change in European Higher Education“. *Andrée Sursock* von der EUA identifizierte mittels Befragung der 850 EUA-Mitglieder als größte Herausforderungen der Hochschulen den Bologna-Prozess, die Reform der Leitungsstrukturen und Hochschulfinanzierung unter Beibehaltung/Entwicklung der Qualitätssicherung. Die individuelle Erfahrungsexpertise ergänzte im Anschluss an den Trends-Bericht Prof. Dr.-Ing. *Markus Petry* von der Hochschule für angewandte Wissenschaften Ingolstadt. Den Ingolstädtern gelang nicht nur als einzige Fachhochschule Bayerns die Aufnahme in die EUA (der europaweit nur wenige nicht-Universitäten angehören), sie erhöhten sogar die Mobilitätsrate ihrer Studierenden trotz (oder wegen) des Bologna-Prozesses. Prof. *Petry* führte als eine wesentliche Erfolgsvoraussetzung eine dem jeweiligen Hochschulprofil gerecht



werdende individuelle Lösungsfindung an, „Bologna is the headline, the answer is local“.

<http://www.eua.be/publications/#c399>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit

TAGUNG DES RATES FÜR WETTBEWERBSFÄHIGKEIT AM 25.05.2010

Bei ihrer Tagung am 25.05.2010 verabschiedeten die Minister Schlussfolgerungen zu sauberen und energieeffizienten Fahrzeugen. Darin sprechen sich die Minister für eine schnelle Einführung der Elektromobilität aus. Eine Priorität stellt die Erarbeitung gemeinsamer Normen für Ladesysteme dar. Dies ist für die Minister eine Vorbedingung für die erfolgreiche Einführung von Elektrofahrzeugen und die entsprechende Akzeptanz beim Kunden. Deshalb sollen entsprechende Normen bereits bis Mitte 2011 vorgelegt werden (s. hierzu Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/intm/114631.pdf

PLENUM DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS VOM 17. – 20.05.2010 - ERGEBNISSE AUS DEM BEREICH UMWELT UND GESUNDHEIT

Das Plenum des Europäischen Parlaments (EP) hat auf seiner Tagung vom 17. bis 20.05.2010 in Straßburg u. a. die neue Richtlinie zur Energieeffizienz von Gebäuden und die neugefasste Energiekennzeichnungsrichtlinie verabschiedet sowie Entschlüsse zur Organspende und -transplantation und zur Zulassung von Thrombin als Lebensmittelzusatzstoff angenommen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P7-TA-2010-0181&language=DE&ring=A7-2010-0106>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P7-TA-2010-0183&language=DE&ring=A7-2010-0103>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P7-TA-2010-0182&language=DE&ring=B7-2010-0264>

KOMMISSION ANALYSIERT MÖGLICHE ERHÖHUNG DES CO2- REDUKTIONSZIELS AUF 30 %

Am 26.05.2010 hat die Kommission eine Untersuchung der Kosten, Nutzen und Optionen einer weiteren Senkung der Treibhausgasemissionen in der EU



von 30 % - statt bisher 20 % - bis 2020 im Vergleich zu den Werten von 1990 veröffentlicht. Hierin gelangt sie zu der Schlussfolgerung, dass die Voraussetzungen für eine Erhöhung des EU-Reduktionsziels von 20 % auf 30 % noch nicht vorliegen und eine entsprechende politische Entscheidung unter Berücksichtigung der internationalen Klimaschutzverhandlungen sowie der wirtschaftlichen Auswirkungen zu gegebener Zeit von den Mitgliedstaaten zu treffen sei. Die Mitteilung solle jedoch bereits jetzt, für die Zeit nach der Wirtschaftskrise, eine sachliche Diskussion anstoßen. Die Umweltminister werden sich auf ihrer Sitzung im Juni mit der Mitteilung befassen.

http://ec.europa.eu/environment/climat/future_action_com.htm

MITTEILUNG ZUR BEWIRTSCHAFTUNG VON BIOABFÄLLEN

Die Kommission hat am 18.05.2010 eine Mitteilung (KOM(2010)235 final) über künftige Schritte bei der Bewirtschaftung von Bioabfällen in der Europäischen Union veröffentlicht. Hauptziel der Mitteilung soll es sein, im Rahmen der Abfallrahmen-Richtlinie (ARRL) für eine bessere Bewirtschaftung und Nutzung von Bioabfällen in der EU zu sorgen, wobei vor allem die Aspekte des Boden- und Klimaschutzes betont werden.

Mitteilung:

http://ec.europa.eu/environment/waste/compost/pdf/com_biowaste.pdf

Hintergrundinformationen:

<http://ec.europa.eu/environment/waste/compost/index.htm>

CITRUSBOCKKÄFER - EU BESCHRÄNKT PFLANZENIMPORTE AUS CHINA

Am 10.05.2010 hat der Ständige Ausschuss für Pflanzengesundheit der Kommission (Standing Committee on Plant Health, SCPH) eine Verschärfung der Importbeschränkungen bestimmter Pflanzen aus China, die vom Citrusbockkäfer befallen sein könnten, beschlossen. Der in Europa nicht heimische Citrusbockkäfer (*Anoplophora chinensis*) schädigt und bedroht potenziell eine Reihe europäischer Laubbäume.

http://ec.europa.eu/food/plant/organisms/index_en.htm

ERFOLGREICHE EU-KAMPAGNE ZUM SCHUTZ DER BIODIVERSITÄT

Am 22.05.2010, dem Internationalen Tag der Biodiversität, richtete die Kommission im Rahmen der EU-Kampagne mit dem Motto „Biodiversität – das geht



uns alle an“ Veranstaltungen in sechs europäischen Ländern aus. Die Kampagne soll die EU-Bürger für das Problem des Verlustes der Artenvielfalt stärker sensibilisieren und sie dazu bewegen, sich mehr im Umweltschutz zu engagieren. Schon in den ersten sechs Wochen der Kampagne besuchte über eine halbe Millionen Menschen deren Website und mehr als 56.000 Menschen unterstützen auf Facebook die Aktion. Der Kommissar für Umwelt, *Janez Potočnik*, rief dazu auf, das große Interesse der Menschen zu nutzen und es in konkrete Maßnahmen umzusetzen.

http://ec.europa.eu/environment/biodiversity/campaign/index_de.htm

DIGITALE AGENDA: KOMMISSION FÖRdert TECHNOLOGIEN FÜR ELEKTRONISCHE GESUNDHEITSDIENSTE

Am 19.05.2010 hat die Kommission ihren Aktionsplan „Eine Digitale Agenda für Europa“ vorgestellt, der die EU im Bereich der digitalen Technologien wettbewerbsfähiger machen, gleichzeitig die Wirtschaft insgesamt ankurbeln sowie für bessere Lebensbedingungen der EU-Bürger sorgen soll. Unter den sieben Aktionsbereichen der Agenda ist auch die zügige Einführung der Telemedizin – eine auf digitalen Technologien basierende elektronische Gesundheitsversorgung – vorgesehen, die die Qualität der medizinischen Versorgung verbessern und deren Kosten senken soll. Bis 2012 will die Kommission eine Empfehlung zur Festlegung eines gemeinsamen Mindestsatzes von Patientendaten vorlegen, um die Interoperabilität beim Zugang und elektronischen Austausch von Patientenakten zwischen den Mitgliedstaaten sicherzustellen. Bis 2015 sollen Patienten einen sicheren Online-Zugang zu ihren Gesundheitsdaten erhalten und bis 2020 telemedizinische Dienstleistungen auf breiter Ebene angeboten werden. Der Rat wird am 31.05.2010 Schlussfolgerungen zur Digitalen Agenda verabschieden (siehe auch Beitrag von C II 11 in diesem EB).

http://ec.europa.eu/information_society/digital-agenda/index_en.htm

KOMMISSION BEKRÄFTIGT KAMPF GEGEN TABAKKONSUM

Im Vorfeld des Weltnichtrauchertages am 31.05.2010 hat die Kommission am 27.05.2010 die Ergebnisse einer Eurobarometer-Umfrage veröffentlicht, die die Verhaltensweisen und Einstellungen der EU-Bürger in Bezug auf Tabak im Oktober 2009 untersucht hat. Danach spricht sich eine große Mehrheit der Befragten für verstärkte Maßnahmen zur Bekämpfung des Tabakkonsums aus. Darüber hinaus plant die Kommission, im Hinblick auf die angekündigte Über-



arbeitung der „Tabakrichtlinie“ (RL 2001/37/EG) in Kürze eine Konsultation einzuleiten.

http://ec.europa.eu/health/tobacco/news/news_wntd_en.htm

Geschäftsbereich IuK- und Medienpolitik

EU-KOMMISSION STELLT AKTIONSPLAN ZUR DIGITALEN AGENDA VOR

Am 19.05.2010 veröffentlichte die Kommission ihre Mitteilung zur Digitalen Agenda, die die erste von sieben Leitinitiativen der Europa 2020 Strategie für ein intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum ist (EB 05/2010).

http://ec.europa.eu/information_society/digital-agenda/documents/digital-agenda-communication-de.pdf

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/581&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/571&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/information_society/newsroom/cf/itemdetail.cfm?item_id=5826

<http://ec.europa.eu/avservices/video/video.cfm?sitelang=en&type=1>

STAATSMINISTER SIEGFRIED SCHNEIDER TRIFFT MEDIENKOMMISSARIN NEELIE KROES

Zu einem Meinungs- und Informationsaustausch traf der Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, Staatsminister *Siegfried Schneider*, am 10.05.2010 mit der EU-Medienkommissarin *Neelie Kroes* zusammen. Thema des Gesprächs zwischen der Vizepräsidentin der Europäischen Kommission und dem Europabeauftragten der deutschen Länder in Medienangelegenheiten war die Digitale Agenda und ihre Auswirkungen auf die Medien.

EU-KOMMISSION VERÖFFENTLICHT JAHRESBERICHT ÜBER EUROPÄISCHEN BINNENMARKT FÜR ELEKTRONISCHE KOMMUNIKATION

In ihrem Jahresbericht über den europäischen Binnenmarkt für elektronische Kommunikation vom 25.05.2010 hat die Kommission festgestellt, dass die Verbraucher und Unternehmen noch immer höhere Preise bezahlen, als dies der Wettbewerb bei Telekommunikationsdiensten ermöglichen könnte. Dass die Nutzer nicht in den vollen Genuss der Vorteile des Binnenmarktes kämen,



liege demnach an der uneinheitlichen Anwendung des EU-Telekommunikationsrechts durch die Mitgliedstaaten. So profitierten der Kommission zufolge nach wie vor überwiegend nur die nationalen Märkte von der in den meisten Mitgliedstaaten grundsätzlich erfreulichen Wettbewerbssituation in der Telekommunikationsbranche, die zu sinkenden Verbraucherpreisen und mehr Flexibilität beim Anbieterwechsel führte. Die zuständige Kommissarin *Neelie Kroes* zeigte sich enttäuscht über die geringen Fortschritte des elektronischen Binnenmarktes: Die wirtschaftliche Entwicklung der Branche habe sich zwar in der Krise mit einem Nullwachstum gegen den allgemeinen wirtschaftlichen Abschwung von 4,2 % behaupten können, ließe sich aber ihrer Ansicht nach durch einen „echten Binnenmarkt“ weiter verstärken.

http://ec.europa.eu/information_society/newsroom/cf/itemdetail.cfm?item_id=5827

EU-DATENSCHÜTZER: SUCHMASCHINENBETREIBER VERSTOSSEN WEITERHIN GEGEN EU-DATENSCHUTZ

Das Vorgehen des Internet-Suchmaschinenbetreibers Google, der in einigen Mitgliedstaaten bis zu 95 % Marktanteil hält, verletzt nach Ansicht der EU-Datenschützer die europäischen Datenschutzregeln. Daher wurde Google, aber auch andere Suchmaschinenbetreiber wie Yahoo und Microsoft, von der sogenannten „Artikel 29 Arbeitsgruppe“ aufgefordert, die Methoden beim Umgang mit personenbezogenen Daten zu ändern. Diese Gruppe wurde nach Artikel 29 der EU-Datenschutzrichtlinie im Oktober 1995 zum „Schutz von Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten“ eingesetzt. Deutschland ist durch den Bundesbeauftragten für Datenschutz, Peter Schaar, vertreten. Im Zentrum der Kritik steht insbesondere die fehlende Anonymität bei der Internetsuche und die bis zu neunmonatige Speicherung der dabei entstehenden Daten. Die EU hatte von den Suchmaschinenbetreibern eine Begrenzung dieses Zeitraums auf sechs Monate gefordert.

http://diepresse.com/home/politik/eu/569137/index.do?_vl_backlink=/home/politik/index.do

http://ec.europa.eu/justice_home/news/intro/news_intro_en.htm